



Datum: 11. März 2021

lfd. Nummer 28/2021

Kontakt: **Stefan Porscha**
Regionsabgeordneter für den Wahlbereich
Neustadt am Rübenberge

Mobil: 0174-4716789

CDU setzt auf Ausgleich der Interessen - Umweltpolitik mit Augenmaß gestalten

„Der Verordnungstext für das Landschaftsschutzgebiet „Leineaue zwischen Hannover und Stöckendrebber“ schreibt für bestimmte Uferbereiche ein generelles Nachtangelverbot vor. Das trifft natürlich unsere Neustädter Angelvereine und schränkt sie ein. Für die CDU steht fest, dass Bereiche, die zu schützen sind, auch geschützt werden. Alles, was darüber hinaus geht, ist aber sicher nicht mehr zielführend“, sagt Regionsabgeordneter Stefan Porscha.

„Bei Abwägung rund um die Nachtangelverbote spielt auch eine wesentliche Rolle, dass die Anglerinnen und Angler mit ihren Vereinen und Verbänden wichtige Partner in Sachen Natur- und Umweltschutz sind. Einige Ökosysteme funktionieren heute wieder tadellos, weil sich die Anglerinnen und Angler darum gekümmert haben. Der Besatz der Leine mit Aal und Lachs in den vergangenen Jahren ist doch ein bestes Beispiel dafür. Da muss man ihnen doch wohl einen verantwortungsvollen Umgang beim Fledermausschutz zutrauen“, erklärt Porscha.

Wenn die Gefahr für Fledermäuse durch das Absenken der Ruten reduziert werde, dann sollte diese pragmatische Lösung als Schutz akzeptiert und kein pauschales Nachtangelverbot verordnet werden. „Bevor man nun insgesamt ein Verbot ausspricht, müssen doch zuerst die Alternativen und vor allem auch Kompromisse geprüft werden. Gerade wenn man bedenkt, dass bereits knapp die Hälfte der gesamten Regionsfläche unter Landschafts- oder Naturschutz steht, ist dieser Abwägungsprozess doch wichtiger denn je. Aber um diesen Prozess erfolgreich umsetzen zu können, müssen alle Beteiligten, von Interessengruppen über Verwaltung bis Politik, wirklich daran mitarbeiten wollen“, so Porscha weiter.

„Wenn im neuen Vorschlag nur noch 10% von rund 80 km des Flusslaufes der Leine besonders geschützt werden sollen und 90% einer Nutzung wie bisher zur Verfügung stehen, dann sehe ich das als einen guten Kompromiss zwischen Naturschutz und Interessengruppen. Dies ist



pragmatisch, kann fachlich begründet werden und wird vor allem nur so einer rechtlichen Prüfung standhalten“, erläutert Porscha.

Letztendlich ginge es doch darum, in einer vom Menschen geformten Kulturlandschaft, diese für die Zukunft gut aufzustellen und ebenso den jeweiligen ökologischen Erfordernissen gerecht zu werden.

„Daher muss Umweltpolitik auch mit Augenmaß gestaltet werden. Und dabei muss man sich auch fachlich klar und deutlich mit schwierigen Themen auseinandersetzen wollen. Politische Gestaltung lebt von der Diskussion und Kompromissen. Die SPD scheint auf den neuen Kompromissvorschlag nicht eingehen zu wollen und verweigert sich jeder weiteren Diskussion. Scheinbar Vorboten des Wahlkampfes. Dieses destruktive Verhalten führt zu keinem Ergebnis, hilft niemandem und wird eine zwingend erforderliche Entscheidung in der Sache nur verschleppen“, stellt Porscha abschließend fest.